

Landesbanken

Gewisse Planungssicherheit

Es bedeutet für die Bayern-LB zumindest eine deutliche Erhöhung des Freiheitsgrades, ihre Geschäftsentwicklung und Zukunftsaussichten ohne die Ungewissheit des Ausgangs des Brüsseler Beihilfeverfahrens bewerten zu können. Zwar ist nach dessen formalem Abschluss Ende Juli mit den anderen wichtigen Akteuren noch nicht im Einzelnen geklärt, wie die Auflagen der EU-Kommission umgesetzt werden. Aber mit der eingeforderten Rückzahlung von fünf Milliarden Euro an hartem Kernkapital an den Freistaat Bayern in zwei Stufen innerhalb von sieben Jahren sind schon feste Schritte verknüpft, etwa die Verkäufe der LBS an die bayerischen Sparkassen bis Ende 2012 und des rund 92-Prozent-Anteils an der Wohnungsbaugesellschaft GWB AG im Rahmen eines diskriminierungsfreien Verfahrens bis Ende 2013. Dass die Bilanzsumme gegenüber den mehr als 421 Milliarden Euro zum Jahresende 2008 um rund die Hälfte reduziert werden soll, wird ebenso akzeptiert wie die starke regionale Geschäftsausrichtung auf Bayern und Deutschland sowie auf Aktivitäten mit Deutschlandbezug.

Bis auf eine Bilanzsumme von 307 Milliarden Euro ist das Deleveraging per 30. Juni dieses Jahres schon geschafft, unter anderem durch Verkauf oder Reduzierung des Anteilsbesitzes an Tochterunternehmen, darunter das unsägliche HGAA-Engagement, die Saar-LB, die LB Swiss, die Deka-Bank-Anteile und die DKB Immobilien AG. Einer Veräußerung weiterer nicht strategischer Töchter wie der zuletzt so risikobelasteten ungarischen MKB und der LB-Lux stehen die Münchener aufgeschlossen gegenüber. Genauso klar und bestimmt kommt aber auch die Ansage, an der Deutschen Kreditbank als wesentlichem strategischem Teil des Kerngeschäftes festhalten zu wollen. Diesbezüglichen Diskussionen im Sparkassensektor über Arbeitsteilung und Gemeinschaftsprojekte will man in München offenbar standhalten. Entsprechend sportlich wertet jedenfalls CFO Stephan Winkelmeier in seinem Halbjahresbericht die Spekulationen um einen Einstieg der Deka-Bank ins Zertifikatengeschäft als Bereicherung des gruppeninternen Wettbewerbs.

Im ersten Halbjahr hat die Bayern-LB ein Ergebnis vor Steuern von 174 (244) Millionen Euro geschafft. Dabei wird der Rückgang des Zinsüberschusses auf 858 Millionen Euro um 12,2 Prozent nicht zuletzt der Flaute im Ungarn-Geschäft zugeschrieben. Der Zuwachs des Provisionsüberschusses um 12,1 Prozent auf 140 Millionen Euro ist durch den Rückgang der Zahlungen für SoFFin-Garantien begünstigt. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 204 (112) Millionen Euro wird der Auflösungen des Vor-

jahres wegen als Normalwert eingestuft. Und der Verwaltungsaufwand von 850 (733) Millionen Euro ist durch eine Rückstellung verzerrt – 133 Millionen Euro für den verlorenen Prozess vor dem Bundesarbeitsgericht im Pensionsstreit. Mit Blick auf das zweite Halbjahr 2012 erwartet die Bayern-LB zwar ein positives Ergebnis vor Steuern im Kerngeschäft, verzichtet aber wie so viele Institute lieber auf einen konkreten Ausblick auf das Restjahr. Interessant ist gleichwohl eine Bemerkung zur Liquiditätssituation. Die Refinanzierung der Landesbank für 2012 sei abgeschlossen, die derzeitige Liquiditätssituation entsprechend komfortabel. Wenn dabei aber 40 Millionen Euro an Liquiditätskosten eingeräumt werden, gibt das einen Eindruck, was geringere Unsicherheit derzeit kosten kann.

Börsen

Differenzierte Entschleunigung

Das Wahljahr 2013 wirft bereits deutlich seine Schatten voraus: Um sich in der aktuell angespannten Situation offenbar keine Unentschlossenheit im Bemühen um ein sicheres Finanzsystem vorwerfen zu lassen, hat die Bundesregierung in den vergangenen Wochen gleich mehrere Gesetzesentwürfe und Kabinettsbeschlüsse auf den Weg gebracht, die zum Teil deutlich über die aus Brüssel stammenden Richtlinien hinausgehen. Neben dem jüngsten Vorpreschen in Sachen Basel III sorgten etwa die Alleingänge bei den Entwürfen zur Umsetzung der AIFM-Richtlinie und des Hochfrequenzhandelsgesetzes für Befremden. Neben einer Konterkarierung des gewünschten Level Playing Field auf europäischer Ebene sehen die Kritiker durch diese deutschen Vorstöße selbstverständlich auch ihre jeweiligen Interessen gefährdet.

So war etwa der Gesetzesentwurf zum Hochfrequenzhandelsgesetz Ende Juli zunächst noch durchaus positiv aufgenommen worden. Die Deutsche Kreditwirtschaft begrüßte, dass die organisatorischen Anforderungen an den Betrieb algorithmischer Handelssysteme einen einheitlichen Qualitätsstandard sicherstellen. Für alle Akteure am Finanzmarkt – so das Echo der Deutschen Börse – sei es gut, dass jetzt Rechtssicherheit im Umgang mit Hochfrequenzhändlern herrsche. Auch die Stuttgarter Börse sah sich zunächst in ihren Selbstregulierungsbemühungen zugunsten der Privatanleger bestätigt. Doch mit größerem zeitlichen Abstand wurde auch mehr und mehr Kritik vernehmbar: So forderte die Stuttgarter Börse zwischenzeitlich einige Nachbesserungen, etwa beim Anwendungsbereich oder bei der differenzierten Behandlung unterschiedlicher Marktteilnehmer. Der Bundesverband Investment und Asset Ma-

nagement (BVI) regte eine über den Gesetzesentwurf hinausgehende Regulierung an, beispielsweise mit Hilfe von Mindesthaltezeiten oder in Form einer gewissen Ausführungspflicht. Gleichzeitig mache, so der BVI weiter, der deutsche Alleingang eine Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung des Hochfrequenzhandels erst recht überflüssig. Größtenteils auf Ablehnung schließlich stößt der Gesetzesentwurf bei den Wertpapierhandelsfirmen, wobei man insbesondere ein solches nicht abgestimmtes Vorgehen für sachlich höchst verfehlt halte. Diese grundsätzliche Kritik an einem übereilten Handeln des Bundesfinanzministeriums teilen inzwischen einige Verbände und Börsen.

Dabei erscheint das Thema alles andere als geeignet, um schnell abgehandelt zu werden. Etwa die Hälfte der an den bedeutendsten Börsen getätigten Transaktionen in Aktien und Währungen werden inzwischen nicht von Menschen veranlasst. Sie sind vielmehr das Produkt von Computeralgorithmen, die es ermöglichen, in Bruchteilen von Sekunden große Datenmengen zu analysieren und Hunderte von Ordnern zu initiieren. Robo Trader in Form von quantitativen Modellen und neuronalen Netzwerken ersetzen in zahlreichen Investmenthäusern die menschlichen Händler. Geschwindigkeit ist bei der Orderausführung zum wichtigsten Erfolgsfaktor avanciert. Um die letzten Milli- oder gar Mikrosekunden Vorsprung vor anderen Marktteilnehmern zu haben, versuchen die Handelshäuser die Leitungslängen zu minimieren und platzieren ihre Großrechner deshalb möglichst in unmittelbarer Nähe zu den Börsen.

Angesichts der Bedeutung, die der Hochfrequenzhandel an den Kapitalmärkten mittlerweile erlangt hat, ist es sicherlich wichtig, die Regulierung nicht über's Knie zu brechen. Zu unterschiedlich sind die Interessenlagen und die Strategien der entsprechenden Marktteilnehmer. Während Arbitragestrategien beispielsweise durchaus positiven Einfluss auf die Marktliquidität haben können, sind „unfreundliche“ Strategien wie etwa „Quote Stuffing“ oder „Wash-Trades“ als bedenklich einzustufen. Um nicht unnötig die Gefahr zu verstärken, dass der Hochfrequenzhandel von den zukünftig regulierten Märkten in weniger regulierte Bereiche abgleitet, wird sich das Bundesfinanzministerium deshalb die Stellungnahmen im Konsultationsverfahren freilich sehr genau anschauen müssen. In einigen Bereichen ist es sicher sinnvoll, mit restriktiven oder gar prohibitiven Regeln marktschädigendes Verhalten zu begrenzen und das Risiko sogenannter Flash Crashes – im Mai 2010 etwa verloren einige Aktien innerhalb weniger Minuten 50 Prozent oder mehr ihres Wertes – zu reduzieren. Gleichzeitig bedarf es jedoch auch transparenzerhöhender Regeln, um dieses viel gescholtene Segment des Hochfrequenzhandels endlich zu entmystifizieren.

Auslandsbanken

Längst angekommen

Dass der Verband der Auslandsbanken in Deutschland anlässlich seines 30-jährigen Bestehens an erster Stelle seine gesellschaftspolitische Verantwortung betont hat, ist kein Zufall und erst recht nicht rein anlassbezogen. Vielmehr passt das fast schon staatstragend klingende Anliegen zum Denken und Handeln der vergangenen Jahre. In vielen regulatorischen Fragestellungen, etwa dem klaren Ja zu einer einheitlichen Umsetzung von Basel III, dem Plädoyer für eine Festlegung von klaren Krisenmechanismen und dieser Tage einem Bekenntnis zu Offenen Immobilienfonds haben die Auslandsbanken sich gleichermaßen deutlich wie eigenständig positioniert. Vielfach Tochtergesellschaften großer international agierender Kreditinstitute treten sie dabei naturgemäß immer wieder als Anwalt für europa- und weltweit gleichartige Wettbewerbsbedingungen auf. So argumentieren sie beispielsweise hinsichtlich der politischen Fortentwicklung Europas klar gegen den Weg der zwei Geschwindigkeiten und für ein einheitliches Europa mit einem harmonisierten Binnenmarkt – so schwer und steinig der Weg dorthin sich auch erweisen möge.

Auch bei der immer noch nicht abgeschlossenen Aufarbeitung der Finanzkrise fehlt es nicht an klaren Worten. Einmal mehr hat Stefan Winter als Vorsitzender des Verbandsvorstandes bei der Jubiläumsveranstaltung die Verletzung von ethischen und moralischen Grundsätzen durch die Banken angeprangert und die Branche in die Pflicht genommen, Missstände offensiv zu benennen und zu beseitigen. Einsichtig hat er eingeräumt, durch Geschäfte in der Vergangenheit den Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit mit verursacht zu haben und nun mit Beharrlichkeit, Nachhaltigkeit und Geduld über lange Zeit die Gunst der Kunden beziehungsweise der Gesellschaft allgemein wieder zurückzugewinnen zu wollen. Und nicht zuletzt hat er mit Blick auf das ganz persönliche Umfeld jedes einzelnen Bankers eingefordert, intensiv an einer proaktiven Lösung der Probleme zu arbeiten.

Die Jubiläumsveranstaltung in Frankfurt hat just diese breite Verankerung der Auslandsbanken am Finanzplatz Deutschland demonstriert. Von der Bundes- und Landespolitik über hochrangige Repräsentanten der Stadt bis hin zu Spitzenvertretern der Bundesbank, vielen bankwirtschaftlichen Verbänden und der Frankfurter Banken reichte die Teilnehmerliste. Und am Rande der offiziellen Reden wurde ein um das andere Mal deutlich, wie eng die Auslandsbanken in das Marktgeschehen eingebunden sind. Man kennt sich nicht nur von Anhörungen auf der politischen Bühne, sondern

zwischen den hiesigen Instituten aller Bankengruppen und den tendenziell eher kapitalmarkt-affinen ausländischen Banken haben sich über nahezu eine Generation hin vielerlei fruchtbare Geschäftsbeziehungen aufgebaut. Das fängt an im Investment Banking von Aktienemissionen bis zum M&A-Geschäft und führt über den hohen Marktanteil bei den Umsätzen an der Eurex bis hin zu den Marktanteilen ausländischer Fonds und börsengehandelter ETFs (siehe Kreditwesen 9-2012). Dank solcher Aktivitäten hat sich die Ende März 1982 von sieben Mitgliedern gegründete Vereinigung der Auslandsbanken in Deutschland mit ihren derzeit rund 30 000 Mitarbeitern in Deutschland und 200 Mitgliedsbanken aus 30 Ländern zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt, von dem maßgeblich der Standort Frankfurt profitiert.

Auch für die hessische Landesregierung war das Jubiläum insofern eine willkommene Gelegenheit die Standortfrage unter einem durchaus heiklen Aspekt offensiv anzusprechen. Denn neben dem generellen Gewicht der deutschen Wirtschaft zählt eindeutig die passende Infrastruktur des Großraums Frankfurt zu den stichhaltigen Argumenten für die Ansiedlung ausländischer Unternehmens-einheiten. Gibt es also eine bessere Gelegenheit, den in der Bevölkerung umstrittenen Ausbau des Flughafens mit seiner offensichtlich zunehmenden und von vielen als lästig empfundenen Lärmbelastung offensiv anzusprechen und zu verteidigen?

Genossenschaftsbanken

Konservative Neugründung

Das Jahr 2012 ist für die genossenschaftliche Finanzgruppe bekanntlich ein besonderes: Die Vereinten Nationen haben es zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen, um auf die weltweite Bedeutung von Genossenschaften aufmerksam zu machen und ihre Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vieler Länder zu betonen. Überall in Deutschland veranstalten Volks- und Raiffeisenbanken Aktionen und Feste und werben damit nicht zuletzt für die Ideen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch.

Mit Werbung in ganz eigener Sache macht im Jahr der Genossenschaften allerdings auch ein anderes Unternehmen auf sich aufmerksam, distanziert sich dabei jedoch explizit von anderen genossenschaftlichen Primärbanken. Mit der DiKoBa „Die Konservative Bank“ wollen mehrere Landwirte und Mittelständler aus dem nordrhein-westfälischen Schöppingen wieder zu den ursprünglichen Grundsätzen des Bankwesens zurückkehren: Mit fairen

Konditionen im Einlagen-, Kredit-, Garantie- und Girogeschäft, einer sicheren Kreditversorgung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, transparenten und zügigen Entscheidungen sowie einer wahrhaftigen, individuellen Betreuung und Beratung will man ab 2013 den Mitgliedern als Bank bundesweit zur Verfügung stehen. Insbesondere die Mitgliederförderung wollen die beiden Gründer und derzeitigen Vorstände dabei stärker in den Vordergrund rücken. Nicht zuletzt auf Druck ihrer Prüfungsverbände würden ihrer Ansicht nach die genossenschaftlichen Primärbanken immer mehr in eine Gewinnmaximierung getrieben, die nicht im Einklang mit den genossenschaftlichen Prinzipien stünde. Um nicht in das gleiche Fahrwasser zu geraten, habe man sich deshalb auch dem Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften e.V. in Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen.

Das Ansinnen der Gründer ist sicherlich ein ehrenvolles, doch die Umstände und Beweggründe lassen bei aufmerksamer Betrachtung einige Fragen unbeantwortet: Ohne eine auskömmliche Ertragslage ist heutzutage ein nachhaltiges Bankgeschäft kaum möglich. Nicht zuletzt die verschärften aufsichtsrechtlichen Vorgaben erfordern ein ausreichend großes Eigenkapitalpolster, und in Krisensituationen muss sich eine Bank immer wieder fragen, wie lange sie einen Kreditnehmer begleiten kann und darf – auch im Sinne des Kunden. Landwirtschaft und Mittelstand sind die Zielgruppen, die Volks- und Raiffeisenbanken traditionell bislang immer im Fokus hatten. Welchen Mehrwert könnte deshalb eine solche Neugründung dieser Klientel liefern, außer beispielsweise ein Mehr an Transparenz in Anlehnung an die GLS Bank?

Ungeklärt scheinen darüber hinaus die zukünftigen Partner im täglichen Bankgeschäft zu sein: Welches Rechenzentrum stellt die EDV-Umgebung zur Verfügung und wer wickelt den Zahlungsverkehr ab, sind nur zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang unbedingt zu klären sind. Und ganz praktisch: Seit den ersten Anfängen im Jahr 2010 hat man nach eigenen Angaben eine dreistellige Anzahl an Mitgliedern gewinnen können. Benötigt werden allerdings mindestens 2 500 Mitstreiter, die eine Einlage von jeweils 2 000 Euro zeichnen, um das Anfangskapital in Höhe von mindestens fünf Millionen Euro aufbringen zu können. Angesichts dieser Entwicklung erscheint ein Start im nächsten Jahr in weiter Ferne. Und nicht zuletzt bleiben die Beweggründe der beiden Gründer im Unklaren: Persönliche Befindlichkeiten hatten sicherlich weder Friedrich Wilhelm Raiffeisen noch Hermann Schulze-Delitzsch im Auge, als sie zur Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung aufriefen und die ersten Genossenschaften gründeten.